

Sächsische Zeitung

1914. Nr. 334.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Verone 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung kostet 10 M. — Gratis-Belagen: Halbesauer Couriers (inkl. Familienbeilage), 24 Unterhaltungsblätter (Sonntagsblätter), Samml. Mitteldeutscher, Illustrierte Wochenblätter, Sächsische Provinzialblätter, Arbeiterblätter für die junge Welt.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die festgesetzte Spaltenbreite oder deren Raum für Halle und den Kreisbezirk 30 Pfennig, auswärts 35 Pfennig. — Reklamen am Schluss des reaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigennahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenvermittlern.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62
Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110.

Sonntag, 19. Juli 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30
Fernruf Amtsurfür Nr. 6230.
Druck und Verlag von Ritz Ghrig, Halle (Saale).

Zur Arbeiternot auf dem Lande.

Aus den soeben veröffentlichten Untersuchungen über den Arbeitsmarkt durch das „Reichsarbeitsblatt“ geht mit erschreckender Deutlichkeit hervor, daß sich die Arbeitslosigkeit andauernd verschlechtert. Und das obwohl von einem Gesamtrückgang der Konjunktur nicht eigentlich gesprochen werden kann. Hand in Hand mit dem Ueberangebot von Arbeitskräften in den Städten, das im Jahre 1913 rund 40 bis 50 v. H. betrug, geht der Arbeitermangel auf dem Lande. Allen Bemühungen zum Trotz ist es bislang weder den Arbeitsnachweiser noch den städtischen Behörden gelungen, einen Ausgleich zu schaffen oder wenigstens nur in den Monaten mit der stärksten Arbeitslast auf dem Lande einen Teil der städtischen Arbeitslosen abzulösen. Die Verhältnisse scheitern einfach an den Arbeitern selbst, die lieber von den städtischen Kommunen Armenunterstützungen beziehen, als auf dem Lande sich endlich ihr Brot zu erwerben. Kennzeichnend dafür ist folgender Vorfall, der sich im Jahre 1913 in einer norddeutschen Industriestadt an der Elbe abspielte. Der betreffende Magistrat teilte der Landwirtschaftskammer für die Provinz kommen mit, daß infolge des Konjunkturrückganges in der Industrie in dieser Stadt Arbeitslosigkeit in größerem Umfange eingetreten sei. Es ließ in dem betreffenden Schreiben u. a.:

„Infolge des Rückganges in der Geschäftskonzunktur der Industrie mehren sich jetzt gesunde Fabrikarbeiter mit dem Antrage um Armenunterstützung, weil sie Arbeit in der hiesigen Industrie nicht erhalten können. Es ist tatsächlich für die Antragsteller unter Umständen mit großen Schwierigkeiten verbunden, Arbeit zu erhalten.“

Eine ganze Anzahl sommerlicher Landwirte war so gleich bereit, derartige Arbeiter zu beschäftigen. Es wurden verheiratete wie unverheiratete Arbeiter gesucht, für die verschiedenen Arbeitszeiten, sowohl für Arbeit vorwiegend im Afford wie auch Nachtagelohn. Besonders herbeigehohlet zu werden verdient, daß auch nicht landwirtschaftliche Stellen nachgegeben werden konnten, bei denen es sich um Erarbeiten in der Nähe einer größeren Stadt handelte. Ebenfalls wurden freie Solonarbeiterstellen zur Besetzung angesetzt. Trotz wiederholter Anfragen der sommerlichen Landwirtschaftskammer um Nachweis von Arbeitskräften mußte schließlich der Magistrat dann mitteilen, daß sich niemand gemeldet hätte!

Genau wie im Vorjahre ist es auch jetzt. In den Städten längern die Arbeitslosen herum und vermehren das Heer der bettelnden Berufslosen; während in Berlin Scharen Arbeiterlos herumblühen, kann vor den Toren die Ernte nicht rechtzeitig oder nur mit großen Schwierigkeiten eingebracht werden. Kleinbäuerliche Besitzer, die gern dauernd einen Knecht beschäftigen möchten, können ihn nicht erhalten und sehen sich infolgedessen oft genötigt, ihren Besitz zu verringern, damit er von der Familie selbst bewirtschaftet werden kann. Doch das für die um die Volksernährung bemühte Landwirtschaft ein bedenklicher Zustand ist, wird niemand bestreiten können. Weist man einen städtischen Arbeiter auf die Möglichkeit hin, sich auf dem Lande Brot und Unterkommen zu beschaffen, so treffen einen verachtungsvollen Widerstand, als ob den Arbeitslosen Unerhörtes zugemutet würde. Und doch sind, wie jeder, der die einschlägigen Verhältnisse kennt, befähigt, die ländlichen Arbeitsverhältnisse bedeutend günstiger, als die städtischen zu machen. Während der Industriearbeiter meist immer von der Hand in den Mund lebt und unter wirtschaftlichen Krisen leidet, können fast sämtliche ländlichen Arbeiterfamilien im Laufe der Jahre Sparguthaben anlegen. Abgesehen aber von der rein materiellen besseren Lage des Landarbeiters kommt dazu der Unterschied der gesundheitlichen Arbeitsbedingungen. Die neuerlichen Untersuchungen über das Lebensalter der deutschen Industriearbeiter im „Reichsarbeitsblatt“ und im „Archiv für exakte Wirtschaftsforschung“ ergeben klar und deutlich, daß in gesundheitlicher Beziehung die landwirtschaftlichen Arbeiter an der Spitze marschieren und herbstlich das höchste Alter erreichen. Noch über 17 v. H. der landwirtschaftlichen Arbeiter haben die Altersgrenze von 50 Jahren überschritten. Ihnen am nächsten stehen dann die Berufsleute in der freien Luft und in ländlichen Gegenden ausgesetzt werden; die von den städtischen Arbeitern vorgebrachten Gründe gegen die Randarbeit halten in bezug auf die Entlohnung nicht stand und erweisen sich bei näherer Prüfung als eingeleitete Proben der landwirtschaftlichen Sozialdemokratie, oder sie entziehen der Abneigung gegen mangelnde Gelegenheit seichter Vermögensgüter. Die städtische Umgebung des nomadischen Proletariats legt ihnen mehr zu, als das ruhige, gesunde Gebauen der Scholle. Doch bei ihrer einseitigen Tätigkeit der Mann zum Ganblanger und Sklaven der Maschine, daß alles Menschentum dabei in die Winde geht, kommt ihnen in ihrer modernen Aufgeklärtheit nicht in den Sinn. Die glänzende Außenwelt der Städte blendet sie und verläßt

dauernd auch die einfachen Kinder vom Lande zum Zug in die Stadt. Wenn dann durch das Verarmen des platten Landes an Arbeitskräften ausländische Saisonarbeiter ins Vaterland gezogen werden, dann setzen die Arbeitslosen der Städte und ihre Treiber, daß ihnen das Brot genommen wird, das Brot, das sie doch als ihrer unwürdig verachten. — Es ist viel gefahren für die Gebung des Randarbeiterlandes und dauernd sind die in Frage kommenden Stellen für sie Wohlgelegenheit. Alle Maßnahmen müssen aber ergebnislos bleiben, wenn es nicht gelingt, die gesamte Arbeiterschaft von dem Nutzen der Randarbeit zu überzeugen.

Deutsches Reich.

Zur Ernennung Kühns und v. Jagows zu Staatssekretären.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich in ihren Mitteilungen mit der Profekommunikation zur Ernennung der Staatssekretäre Kühn und v. Jagow zu preussischen Staatsministern und sagt u. a.:

„Was befristet wurde, ist eine „Staatssekretariatsernennung“. Dieser Befristung fehlt jede sachliche Grundlage. Jede zu preussischen Staatsministern ernannte Person sind Preußen. Die Ernennung von Staatssekretären zu preussischen Staatsministern ist in keiner Weise ein Neues. Das Bedenkliche wird darin gesehen, daß durch diese Ernennung der Einfluß des Reichsgebodens auf die Führung der preussischen Geschäfte verliert werde. Wenn man sich nicht allerding dieser Einfluß gefürcht und soll gefürcht werden. Wenn aber entgegen wird, daß durch die Mitarbeit der Staatssekretäre an den Geschäften des Staatsministeriums auch der Einfluß der preussischen Staatsbehörden auf die Führung der Reichsgeschäfte gestärkt wird, so läßt sich auch hier sagen, daß auch dieser Einfluß gestärkt wird und gefürcht werden soll. Aber diese ganzen Deduktionen sind von vornherein schief. Für uns gibt es im preussischen Staatsministerium weder rein preussische noch reine Reichsstimmen, sondern nur Männer, die das gesamte Interesse Preußens und des Reiches, das heißt, das Lebensinteresse Preußens als der Provinzialmacht im Reiche und des auf der Vormachtstellung Preußens ruhenden Reiches, in gleicher Weise im Auge zu haben berufen sind. Jede andere Auffassung widerzuträufte ebenso dem Geist, in dem das Reich von seinen Gründern gedacht war, wie der deutschen Mission, deren Erfüllung die gleiche Aufgabe Preußens vor und bleibt.“

Beamtenwechsel im Reichs-Kolonialamt?

Ein Beamtenwechsel in höheren Stellen des Reichs-Kolonialamts wird von einer Berliner Korrespondenz angekündigt. Die Gerüchte sind ansehnend darauf zurückzuführen, daß der Unterstaatssekretär Dr. Conze von seiner Vorkonferenz aus gesundheitlichen Gründen gehen, früher, als ursprünglich beabsichtigt, zurückgetreten ist und einen Erholungsurlaub angetreten hat. Alle weiteren daran gefälligen Vermutungen sind nach Ermündigungen des Wolffischen Telegraphenbüreaus an zuständiger Stelle gegenstandslos.

Der Erlaß gegen den freireligiösen Sittenunterricht in Bayern.

Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht einen Erlaß des Kultusministeriums über den freireligiösen Sittenunterricht, der an die Regierungen von Oberbayern, der Pfalz, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben gerichtet ist. In ihm werden die Anhalten für freireligiösen Sittenunterricht aufgehoben bzw. die Genehmigung zu ihrem Betriebe von Oberaufsichtsdirektionen außer Wirksamkeit gesetzt. In der Verordnung wird darauf hingewiesen, daß die erfolgte Genehmigung zur Erstellung des freireligiösen Sittenunterrichts umfangreiche Erörterungen im Landtage hervorgerufen habe und daß der Kultusminister eine Nachprüfung der ganzen Frage des freireligiösen Sittenunterrichts auf Grund sachmännlicher Gutachten in Aussicht gestellt habe, sobald der von dritter Seite angekündigte Antrag gegen die Genehmigung des konfessionslosen Sittenunterrichts in Ludwigshafen beim Kultusministerium eingebracht sei.

Die preussischen Staatsanleihen.

In der Finanzkommission des preussischen Herrenhauses ist bei den Etatsberatungen u. a. auch die Unterbringung der preussischen Staatsanleihen näher erörtert worden. Wie wir erfahren, hat der Finanzminister Dr. Lenke hierzu in bemerkenswerten Erklärungen Stellung genommen. Er führte aus: Die Unterbringung der Staatsanleihen habe in den letzten Jahren bei dem angespannten Goldstande außerordentliche Schwierigkeiten gemacht. Vor allem sei der Wunsch laut geworden, es möchte ein rückzahlbarer Typ gefunden werden. Ob die Behauptung zutreffend ist, daß der schlechte Kurs unterer Anleihen mit darauf zurückzuführen sei, daß ihre Gläubiger die Forderungen nicht so pünktlich zurückzahlen können, ist sehr zweifelhaft. Von weiten Kreisen würden die Staatsanleihen gerade angekauft mit Rücksicht darauf, daß sie nicht zurückgezahlt werden, sondern für Besitzer, ohne sich um eine etwaige Auslösung kümmern zu müssen, fortlaufend die Rinsen bekommt. Bei einer Staatsanleihe von

10 Milliarden könnte man auch nicht daran denken, sie rückzahlbar zu machen. Freilich habe ja übrigens eine rückzahlbare Staatsanleihe in der Form der Schatzanweisungen mit Rückzahlungsfristen von höchstens 6 Jahren. Diese Schatzanweisungen seien bis dahin nicht in Frage gekommen, wie man hätte annehmen müssen, wenn es richtig wäre, daß das Publikum rückzahlbare Effekten begehre. In diesem Jahre sei ein Mittelglied zwischen Konfol und kurzfristiger Schatzanweisung herausgebracht. Am 1. April 1915 werde die erste Rate zur Rückzahlung fällig. Wie die Finanzverwaltung bezüglich der Tilgung verfahren wird, werde sich nach den Geldverhältnissen der Zeit richten. Es seien die verschiedenartigen Möglichkeiten vorhanden. Käufig könne man diesen Typ allerdings nicht wählen; denn dann würden die entsprechenden Beträge im Etat nicht vorhanden sein, um die Rückzahlungen rechtzeitig vorzunehmen.

Landflucht und Arbeiteranwerbung.

Ueber die Beziehungen und Verände mit der Anwerbung von Landarbeitern wird der „Sm.“ von unterrichteter Seite geschrieben: Unwiderföhllich liegt die Gefahr einer allmählichen Abnahme unserer Volkskraft in dem Zustromen der Landbevölkerung in die Städte. Dies läßt sich alles statistisch ohne besondere Mühe nachweisen. Es handelt sich also um wesentlichen darum, daß die Landbevölkerung nach Möglichkeit an die Scholle gefestigt wird, daß die so notwendigen Landarbeiter nicht ihren gebunden Aufenthalt mit dem ungeländerten in Großstädten, wo ihnen vielleicht mehr Vergnügen, auch zum Teil vielleicht mehr Lohn, zugleich aber weniger Gesundheit oder förderliches Wohlbehagen fördernde Bedingungen geboten werden. Wieviele im Strudel der Großstadt untergehen oder als herabgekommene Elemente ihr Leben fristen, ist bekannt. Das Städtelien entwertet, und wenn ein Geschlecht sich vollstän erhält, so ist doch ebenfalls Tatsache, daß durchschnittlich ein allmählicher Rückgang der Familien in den Städten eintritt, was sich in der körperlichen Beschaffenheit und im Nachwuchs bemerkbar macht. Wer also der Landflucht Einhalt tut, nützt und fördert die Volksgesundheit. Dementprechend hat der Staat hier bereits eingegriffen und ist auch teilweise mit gutem Beispiel vorangegangen. Die örtlichen Verhältnisse der Dismark verlangen eine besondere Pflege und können deshalb auch besondere Berücksichtigung finden. Es handelt sich aber nicht nur um Polen und Westpreußen, sondern eigentlich um alle Provinzen, die sämtlich unter der Landflucht der Arbeiter leiden. Das Landwirtschaftsministerium hat bereits entsprechende Grundzüge aufgestellt, die für die Arbeiteranwerbung gültig sein sollen. Danach soll man vor allem das jeweilig bestehende Bedürfnis berücksichtigen, das sich aus der dauernden Arbeitslosigkeit in der Nähe der Anwerbung ergibt. Selbstberufstätig sind diesen Arbeiter ohne Arbeit auszuheben, wäre ein Übel. Dann will man mit Arbeit die Arbeiterstelle nur so groß schaffen, daß die Wirtschaft von Frau und Kind bejagt werden kann. Nach den bisherigen Erfahrungen genügen hierzu 1½ bis 2 Hektar Acker mit Vieh (und Dorf). Nebenfalls muß der Arbeiter nicht behindert sein, täglich seiner Arbeit nachgehen zu können. Ferner legt man Gewicht darauf, daß es der Familie ermöglicht wird, eine Kuh und Schwein zu halten. Die Kreisverwaltungen sind bereits aufgefordert worden, die Schaffung durch Bildung von Genossenschaften usw. zu betreiben.

Grundbüchliche Genner.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag Sächsens wurde gelegentlich der zu erwartenden Landtagswahlen betont, daß in allen Fällen die Konferenzen in erster Linie und grundbüchlich als Gegner zu betrachten seien. Für die konervative Partei ist diese Stellungnahme durchaus ehrenvoll. Berechtigt hat sich der Liberalismus demnach zu äußern. Berechtigt hat sich der Sozialdemokrat, der hinter dem Rücken der Parteileitung um eines Augenblickserfolges willen ein Bündnis mit den Genossen anzuhaben versucht, als einen Beweis dafür hinzustellen, daß die konervative Partei gelegentlich ein Zusammengehen mit dem Sozialdemokraten billigt. Immerhin hat diese Behauptung folgenden Nachteil: Sie ist im Grunde genommen eine Behauptung, die sich nicht durch die Tatsachen beweisen läßt, sondern nur durch die Behauptung, daß die konervative Partei gelegentlich ein Zusammengehen mit dem Sozialdemokraten billigt. Immerhin hat diese Behauptung folgenden Nachteil: Sie ist im Grunde genommen eine Behauptung, die sich nicht durch die Tatsachen beweisen läßt, sondern nur durch die Behauptung, daß die konervative Partei gelegentlich ein Zusammengehen mit dem Sozialdemokraten billigt.

Kleinere politische Nachrichten.

Der Kaiser verweilt am Donnerstag nachmittags auf Wangen am Fridjofdenmal und verläßt Freitag nachmittags die Seeabfahrt auf dem Schiffsboot „Victoria Gulden“, deren Offiziere Sonnabend zur Wittagsstapel gelassen sind. Die Temperatur ist drückend heiß; alles wohl.

